

verlangt. Während somit für die gesammelten übergen preussischen größeren Ströme 9 287 000 Mark als notwendig angegeben werden, wird der noch für die Weichsel zu bewilligende Betrag auf 1 960 000 Mark berechnet. Diese Summe sei hauptsächlich dazu bestimmt sein, die Stromregulierung im Marienwerderschen Regierungsbezirk zu verbessern. Die gegenwärtige Lage derselben sei eine derartige, daß umfangreiche Ausbauten nur erfolgreich müssen, wenn nicht die bisherigen Ausführungen wieder verloren gehen sollen. — 3. Ganzes werden beinahe für die Stromregulierung noch 21 247 000 Mark als notwendig bezeichnet. Diefür ist eine Rate von 1 000 000 M in den Entwurf des Staatshaushalts-Stats für 1894—95 eingestellt worden, im Uebrigen sei die Gestaltung der Finanzlage des Staates maßgebend sein, ob und in welchen Zeiten die Arbeiten ihre Fortführung finden können.

— Hier und da in der Presse auftreten. Gerichte wollen wissen, der deutsche Botschaft in Wien Prinz Reuß werde auch noch nach Laus feines sechswochenigen Urlaubs, den er gestern von Wien zunächst nach Davos angetreten hat, auf seinem Posten verbleiben. Diese Gerichte funktionieren die „Post. Ztg.“ auf das bestimmteste gesichert, unzutreffend. Prinz Reuß hat in seine Entlassungsgesuch um sofortige Entlassung von seinem Posten gebeten und nur einem von Berlin aus an ihn ergangenen Ersuchen nachgegeben, noch

einige Zeit anzuharren. Er leidet an einem schweren Blasenleiden, das ihm, abgesehen von etwaigen sonstigen Gründen, die weitere dauernde Wahrnehmung der Obliegenheiten eines Vaters verbietet. Der Kaiser hat das Entlassungsgesuch formell zwar nicht befristet, es da aber, wie bemerkt, als sicher angenommen werden darf. Prinz Reuß Mitte März nur nach Wien zurückkehren wird, um sein Abberufungsgeschreiben

übergeben. Auch der Nachfolger konnte demgemäße
ormell noch nicht ernannt werden, thatsächlich
aber auch in dieser Beziehung schon dahin ent-
schieden, daß der preussische Gesandte in München
Graf zu Eulenburg nach Wien als Vorgesandter
geht. Alle anderslautenden Meldungen sind un-
richtig und verdienen keine Beachtung.

Bei Erörterung der im Reichstage zur
Berathung stehenden Anträge auf Abänderung der
Konfessionsordnung ist auch dem Wünsche Ausdruck
gegeben, daß den Bauhandwerkern eine größere
Sicherheit gegen die mannigfachen Verluste ge-
währt werde, welche sie heutigen Tages bei vielen
Bauten erleiden. In einzelnen Zeitungen wird
die Sache so dargestellt, als ob im Reichstage
selbst das Verlangen ausgesprochen sei, ein
privilegirtes Pfandrecht der Bauhandwerker zu
schaffen, welches allen eingetragenen Hypotheken
vorangehe. Das ist nun nicht der Fall gewesen.
Ein solches Pfandrecht ist auch in keiner
europäischen Gesetzgebung anerkannt, würde zuweilen
die Sicherheit des Hypothekenwesens in bedenk-
licher Weise gefährden. Dagegen ist im Reichs-

lange die Anregung wieder aufgenommen worden ist nicht in den Konturen, zu deren Masse Häufig gehörr, den Bandhandwerkern wegen dessen, was sie in die Häuser hineingelegt haben, wonit f also die Masse bereichert haben, und soweit die gefesenen, ein Vorrecht eingeräumt werden könnte. Da sich dieser Gedanke thatsächlich wohl verwirklichen lassen, köcht zummindest, jedochfalls diese

haben lassen, nicht abzuwarten.“ Jedemfalls liegt die Verhältnißfrage auf diesem Gebiete nicht so einfach, wie in manchen Kreisen angenommen wird. Wir erinnern nur daran, daß der Vorschlag des preussischen Justizministers, in dem Bürgerliche Gesetzbuch den Bauhandwerkern das Recht auf Eintragung einer Sicherungshypothek zu gewähren, anfangs auf die größten Schwierigkeiten gestoßen ist. Schließlich ist das Bürgerliche Gesetzbuch die Bestimmung aufgenommen, wonach ein Bauhandwerker, wenn er für geleistete Arbeiten oder Auslagen etwas

Verborn hat, und von dem Banherrn freiwillig
 Bezahlung oder Siderstellung nicht zu erlangen
 vermag, auch wenn die Forderung nach dem
 Inhalt des Werkvertrages noch nicht fällig ist,
 bei dem Prospektirten den Erlaß einer einstweiligen
 Verfügung beantragen kann, durch welche ihn
 gesteuert wird, wegen seiner Forderung eine Vor-
 merkung in das Grundbuch des dem Banherrn
 gehörigen Baugrundstückes eintragen zu lassen.
 Zu diesem Behufe hat er nichts weiter nöthig,
 als den Vertrag seiner Forderung glaubhaft zu
 machen. Er braucht nicht mehr glaubhaft zu
 machen, daß seine Forderung gestützt ist. In
 dieser Weise ist die künftige gefeßliche Regelung
 der Angelegenheit gedacht, und es ist nicht un-
 scheinlich, daß sich darüber hinaus wird etwas
 erreichen lassen. Jedenfalls sollte man aber ein
 Abhülfe für die Mißstände nicht allein auf gesetz-
 lichen Wege suchen. Es ist bekannt, daß die
 Banhandwerker in großen Städten sich förmlich
 drängen, wenn es sich um Uebernahme unjüng-
 reicher Banarbeiteln handelt und daß sie sehr
 wenig nach der Kreditwürdigkeit und den sonstigen
 Verhältnissen ihrer Auftraggeber fragen. Ein
 großer Theil der Verluste kann sicherlich ver-
 mieden werden, wenn größere Aufmerksamkeit an-
 gewendet wird und die Konkurrenz selbst wirksam
 hier können die Banhandwerker folgerichtig
 und werden es wohl auch müssen, wenn ihnen
 dauernd geschadet sein soll.

— Dem Reichstage ist, wie schon angeführt, der Gesekentwurf zur Bekämpfung gemein-
geährlicher Krankheiten, nebst Begründung, zu-
gegangen. Der Entwurf zeigt nur geringe Ab-
änderungen von dem vorjährigen Entwurfe, be-
sonders nicht zur Verabschiedung kam. In der
Begründung wird ausgeführt:

„Der Erlaß eines Reichsgesetzes über die Ver-
kämpfung gewisser Volksfeinden bildet schon zu
geraumer Zeit einen Lebensakt, wobeiholt zu
Aussand getragenen Wunsch der ärztlichen Kreise
Besonders empfindlich aber hat sich der Mangel
eines solchen Gesetzes bei dem Auftreten der Cholera
in den Jahren 1892 und 1893 fühlbar ge-
macht, und zwar nicht nur für die ärztlichen
Kreise, sondern auch für die Behörden und für die
alle an Handel und Verkehr beteiligten Bevölkerungs-
gruppen. Nur bezüglich der Gefahr eines Aus-
breitung der Seuche auf dem Seewege war
ein gleichmäßiges Verfahren für alle deutschen
Häfen durch die im Jahre 1883 von den Bundes-
staaten auf Grund vorheriger Vereinbarung er-
lassenen Vorschriften einmaligen sicher gestellt.
Im Uebrigen fehlt es dagegen an einheitlichen,
den Behörden im ganzen Reiche ohne Weiteres bin-
denden und das Verhalten der Bevölkerung leitenden
Bestimmungen. Die Reichsverwaltung mußte
sich darauf beschränken, diejenigen Grundzüge, die
nach dem Urtheil der von ihr betragenen Sachver-
ständigen gegenüber der Seuchengefahr zweckmäßig

zu befolgen sind, festzustellen und die Durchführung derselben in den Landesverwaltungen zu empfehlen. Sie mußte sich in einzelnen Fällen auf ein einziges Entschließen, dessen verfassungsmäßige Berechtigung nicht ganz außer Zweifel war, auch nicht überall ohne Beanspruchung von Mitteln ist. Wenigleich es auf diesem Wege glücklicherweise gelungen ist, für die unmittelbare Bekämpfung der Cholera an den Ausbruchsorten zweckentsprechende Anordnungen herbeizuführen, bringt doch ein solches Verfabren einen Zeitverlust mit sich, der bei der Gültigkeitsfrist der Abwasserkanäle in hohem Maße unerwünscht ist. In ihrer Wirksamkeit leicht Abbruch thun kann. Allen aber hat für den Personen- und Güterverkehr der festige Rechtsaufstand sich als unzulänglich erwiesen. Auf der einen Seite war es Schwierigkeiten verfallig, für die das Gebiet der schwebenden Bundesstaaten durchschneidenden

fehrwege, namentlich soweit es sich um den
sonders gefährlichen „Innenschiffahrt“
Flößereiverkehr handelt, die erforderlichen Sch
makregeln mit winzigenverwerfher Schnelligkeit
Vollzug zu setzen. Auf der anderen Seite
der Mangel an verpflichtenden Normen über
und Maß der zur Abwehr der Seuche anzuord
ben Verkehrsbeschränkungen zur Folge gehabt,
zahlreiche Behörden unter dem Druck übertrieb
Vorgehens sich zu Anordnungen haben bestim
lassen, welche, ohne in sanitätspolizeilicher Hins
einen Werth zu besitzen, den Verkehr auf das
pinlichste gestört haben und selbst durch das
mittelsde Eintreten der Reichsverwaltung
schwer und langsam beseitigt werden konn
Für die betroffenen gewerblichen und Handels
hat dies zum Theil harte Vermögensverluste
Folge gehabt. Wider anfängliches Erwar
die Seuche eine größere Ausbreitung in De
land nicht gewonnen. Wäre es anders gefom
so würden die Zerrungen und Ungleichmäßigk
in den Anordnungen der Behörden, die Störu
des Verkehrs und die Schädigungen des Erwer
lebens eine kaum abzulebende Tragweite erhal
haben. . . . Die Wahrnehmungen, welche
Reichsverwaltung bei der Bekämpfung der Chol
während des Jahres 1892 zu machen Gelegen

hatte, gab es alsbald den Anlaß, die Verarbeitung
des Reichsgesetzes in Angriff zu nehmen. Zunächst
fanden im kaiserlichen Gesundheitsamt unter Mit-
ziehung der hervorragendsten Sachverständigen des
Reichslands, welche dem Amt als außerordent-
liche Mitglieder angehören, über die einschlägigen
wissenschaftlich-technischen Fragen Beratungen
statt. Auf der hierdurch gewonnenen Grundlage
ist sodann der vorliegende Gesetzentwurf aus-
gearbeitet worden. Derselbe hat bereits im ver-
gangenen Frühjahr den Reichstage zur Ver-
säumungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegen,
jedoch nicht mehr zur Verabschiedung gelangt.
Von dem damaligen Entwurf unterscheidet
der gegenwärtige hauptsächlich nur dadurch,
daß die Bestimmungen des früheren § 8 über
Befamtnachung des Ausbruchs und jewei-
ligen Standes einer Seuche nicht mehr enthält.
Inzwischen gesammelten Erfahrungen haben ge-
zeigt, daß es richtiger ist, diesen Punkt getrennt für
einzelnen Krankheiten und unter Berücksichtigung
der Lage des Einzelfalles im Verwaltungswege
zu ordnen. Der Entwurf beschränkt sich, gegen-
über den erheblich weitergehenden Vorschlägen, die in
den erwähnten Vorberatungen hervorgegan-
gen sind, auf die dringlichste Aufgabe, nämlich
die Abwehrmaßregeln gegenüber solchen Krankheiten,
welche in Folge ihrer leichten Uebertragbarkeit
und ihres raschen Verlaufes erfahrungsmäßig
Verbreitung in weiten Kreisen heimsuchen und
den Vordring am empfindlichsten treffen. Die
Krankheiten sind einzeln aufgeführt. Inbezug
musste die Möglichkeit offen gehalten werden, ob-
ohne eine zeitraubende Besprechung des We-
sens der Gesetzgebung noch andere Krankheiten in
den Bereich des Gesetzes einzubeziehen. Zu die-
sem Behufe sind dem Bundesrath entsprechende Vor-
schläge beigelegt."

— Wie die „Voss. Ztg.“ vernimmt, ist das Flaggschiff des vom Herbst dieses Jahres neuzeitumtorenden Kreuzergeschwaders der Kreuzer 2. Klasse „Kaiserin Augusta“ in Aussicht genommen, der das bei Veltom größte Fahrgeschiff dieser Schiffsklasse ist. Das neue Kreuzergeschwader wird sich mithin aus einem Kreuzer 1. Klasse und drei Kreuzern 2. Klasse, die gewöhnlich auf der ost- und westamerikanischen Station die Flagge zeigen, zusammenstellen. Die „Kaiserin Augusta“ ist erst im letzten flossenen Jahre fertiggestellt worden und hat, wenn man von ihren Probefahrten und der Entsendung des Schiffes zur Eröffnung der kolonialischen Weltausstellung nach Amerika abzieht, einen eigentlichen Flotendienst noch nicht gethan. Gegenwärtig befindet sich die „Kaiserin Augusta“ in der Reserve auf der Wilhelmshafener Werft und dürfte zur Indienststellung erst in der Mitte des kommenden Sommers gelangen. Die „Kaiserin Augusta“ ist in unserer Marine das einzige Fahrgeschiff, das nach dem Dreischraubenssystem konstruirt ist. Gleichzeitig mit der „Kaiserin Augusta“ wird zum Herbst der neue Chef des Kreuzergeschwaders in Aussicht gegeben. Ferner ist von einigen anderen Weltausstellungsreisen zum Herbst auf den amerikanischen

Stationen zu werden. In erster Linie soll die asiatische Station, auf der bis jetzt nur immer zwei Kanonaboote „Wolf“ und „Moose“, durch einen Kreuzer 4. Klasse verstärkt werden, und endlich wird eine amerikanische Station geschaffen werden, die gleichfalls durch einen Kreuzer 4. Klasse besetzt wird. Es scheint nicht ausgeschlossen, dass dieser Verwendung die beiden neuen Kreuzer „Condon“ und „Cormoran“ kommen werden, die gegenwärtig in der Reserve der Marinestation der Flotte befindet. Auch diese Schiffe haben mit Ausnahme ihrer Probefahrten aktiven Flottendienst überhaupt noch nicht gekannt.

— In der am 1. d. M. unter dem Vorsitz des Königlich bairischen Besandten Grafen v. Verschellen-Kreuzer abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde eine Nachweisung der Veränderungen im Bestande des Grundbesitzes des Reichs vorgelegt, und vom dem Bericht über die Thätigkeit der Reichs-Vines-Kommission vom 6. November 1892 bis 1893 Kenntniß genommen. Einem Antrage des 3., 4. und 5. Ausschusses, betreffend die Ergänzung und Venderung der Nachweisung zur Ausfüllung des Vereinzelpollenzeichens und des Eisenbahnpollen-Regulatives, sowie dem Entwurf einer Gemeindeordnung für Elsaß-Lothringen wurde die Zustimmung erteilt.

** Wegen der vom Bundesrathe zu erlassenden den Ausnahmefeststellungen von der allgemeinen

Regelung der Sonntagsruhe in Industrie 1
 Handwerk find bisher Konferenzen mit den Ver-
 tretern der Montanindustrie und der Metall-
 arbeitung abgehalten. Es ist also die Frage für
 Gruppen III und V der Reichs-Berufsstatistik
 regelt worden. Wie bekannt, sollen nimmere
 nächst die Entwürfe von Ausnahmegestimmun-
 gen für die chemische Industrie und die Glasbläs-
 erie also für die Gruppen VII und einen Teil v
 IV der Statistik, ähnlichen Beratungen un-
 zogen werden. Darauf soll, wie wir hö
 die Zuckerindustrie an die Reihe kommen. D
 bildet eine Unterabteilung der Gruppe XII
 Statistik

— Das preussische Landes-Oekonomie-Kollegium tritt am 1. März zu einer diesbezüglichen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. A. die Frage: „Welche Einwirkungen des Getreides vom 31. März 1891, betreffend die Zuckerteuerung des Zuckers, sind bis jetzt hervorgetreten.“ Der Minister für Landwirtschaft v. Heyden hat aus Anlaß dieses Punktes der Tagesordnung folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Landes-Oekonomie-Kollegiums gerichtet:

Wenngleich das Zuckersteuer-Gesetz vom Mai 1891 auf die Exportverhältnisse der heimischen Zucker-Industrie einen wesentlichen Einfluß bisher kaum geübt haben kann, so wird in den betreffenden Kreisen vielfach die Forderung geäußert, daß sich die Frage dieser Industrie der nächst erheblich verschärfte werden möchte. Da ein großer Theil unserer Landwirthe diese Gelegenheit zu hervorragendem Interesse ist, erscheint es mir angezeigt, die Frage nach der Haltung der deutschen Zucker-Industrie unter Herrschaft des neuen Zuckersteuer-Gesetzes einzuleiten. Ich ersuche daher das Landwirthschafts-Collegium ergebenst, diese Fragen der nächsten Tagung einer entsprechenden Erwägung und Prüfung zu unterziehen.

Die militärischen Uebungen zur Beförderung als Reiter und Landwehroffiziere (Jäger) sollen ferner grundräftig im Körperbau und speciell in den Regimentsstabs-Quartierstatistiken. Eine Verletzung der schon jetzt künftigen Sommer (Juni) angeordneten Uebung findet nur in sehr dringenden Fällen statt, weil eingehend motivirt werden müssen und hat darüber lediglich das General-Kommando zu entscheiden.

Thorn, 2. Februar. Die Kreisvorstände
Bundes der Landwirthe haben zum Vorliegen
des westpreussischen Provinzial-Verbandes
von Puttkamer-Großplauß gewählt, da der
herige Vorsteher sehr-Kleinmehl die Wiederei-
ablehnte. Im Februar sollen zwei große Pro-
vinzial-Versammlungen stattfinden, am 23. in Dan-
zig und am 24. in Graudenz. Reiben wird v. P.
beisohnen.

Hamburg, 31. Januar. Der Fremdenverkehr unserer Stadt, der seit dem Zollschlusse ein merkwürdigen Aufschwung genommen hatte, ist in den letzten zwei Jahren wieder erheblich zurückgegangen. Es wurden von den Hotels und Gasthöfen gemeldet im Jahre 1889 307 000 Fremde und im Jahre 1891 hatten wir die höchste Zahl mit über 354 000 Besuchern erreicht; gegen die Zahl 1890 war das Jahr 1891 um 202 000, das Jahr 1892 um 202 000 und das verfloßene Jahr gar um 118 000 Fremde zurück, denn es wurden 1892 nur 236 000 Fremde gemeldet. Als Ursache der Cholera und die Nachwirkung der Furcht zu sehen, daß der unheimliche Gast wiederkehren könnte.

Der größte Dampfer, der jemals im Hamburger Hafen erschien, ist der vorgetrieben eingelenkte englische Dampfer „Westmeath“, der von den Aden eine Ladung indischer Wolle überbrachte. Der Schiffsschloß, der am America-Kai, dem ehemaligen Kegelplatze der großen Auswandererdampfer, liegt, hat eine Tragfähigkeit von rund 9000 Tons, also noch 1000 Tons mehr als der berühmte hamburgische Doppelschrauben - Schnellbampfer „Fürst Bismarck“, der augenblicklich das größte deutsche Seeschiff ist. Er hat in Antwerpen bereits eine gewöhnliche Seefrachtladung Wolle gelöst; dieser folgt die zweite Ladung in Hamburg, während er mit dem Rest der Ladung, mit dem man ebenfalls noch einen gewöhnlichen Dampfer betreiben könnte, nach England zu Kohlen dampfen wird. Als Lebensnährlich wird der Riesenbampfer täglich von Hunderten besichtigt.

Sigmaringen, 2. Februar. Der Fürst v
Hohenzollern hat sich zur Feier der Verlobung d
Prinzen Karl mit der Prinzessin Josephine v
Flandern von hier nach Brüssel begeben.

Wien, 2. Februar. Prinz Reuß hat vorläufig nur mit Uelauß Wien verlassen; doch wird seine Rückkehr nur zur Auflösung seines hiesigen Haushalts erfolgen. Dann wird er sich auf seine Herrschaft Triebisch zurückziehen.

Schweiz.

Bern, 2. Februar. Von der italienischen Regierung ist auf die Note des eidgenössischen Bundesraths vom 23. November v. J. betreffend die Zahlung der italienischen Eingangszölle in Metzgers die Antwort eingegangen, daß die italienische Regierung nicht in der Lage sei, von dieser Annahme, die mit dem italienisch-schweizerischen Handelsvertrage nicht im Widerspruch stehe, zurückzukommen. In Bezug auf ein Schiedsgericht konnte es keine definitive Antwort nicht ertheilen, da es für nöthig erachte, die Frage noch in eingehender Weise zu untersuchen.

Paris, 30. Januar. Der „*Kiäro*“ h
einen seiner großen Repetier nach England g
schickt, um Kornelius Herz zu interviewen, m
was Gaston Calmette über seine Besuche bei de
Kranken in Vauvenmouth berichtet, läßt beina
vermuthen, daß dieser es war, der den Journ
listen zu sich beschied, um durch neue Drohungen
in einem der meistgelesenen Blätter zu
sehen zu erzeugen, vielleicht den Dingen noch ein
für ihn selbst glünstige Wendung zu gebe
Calmette beschreibt das Tourneville-Hotel, das
ein mit Luxus eingerichteter Palast gegläub
worden war, als ein höchst bescheidenes Haus,
wenn die Familie Herz schlecht einguquartiert ist. D
Gefangenen, der sich nur mühsam in seinem
Bette umdrehen kann, hält es für schwer frau

wie dieser selbst ihm sagte, durch ein Herzleiden zur Unbeweglichkeit verdammt. Herz erzählte ihm von den Besuchen der französischen Ärzte und fuhr dann fort!

„Sie haben Dupuy erklärt, ich könnte nach London gehen! Sie haben ihrem Minister gefallen oder ihm gehorchen wollen, denn sie sind Beamte. Ich verzehle ihnen, aber meine Thätigkeit bleibt ihnen fortan geschlossen. Ich habe sie satt, diese Beamten, diese Abgeordneten und Minister, die jede Ehrlichkeit und jede Wahrheit ihrem Tagesbedürfniß hintansetzen. Dieser Leute kenne ich zu viele, ich kenne sie zu gut und was es auch kosten möge, so bin ich entschlossen, ihnen gegenüber die Verhaltenslinie zu ändern, die ich mir vorgezeichnet hatte. Bisher habe ich Alles erduldet, Alles hingenommen ohne eine Antwort und ohne eine Klage. Ich war so naiv, an die Dankbarkeit für die Dienste zu glauben, die ich den Einrichtungen oder den Personen erwiesen hatte; ich war so dumm, zu glauben, die Wahrheit werde ohne meine Dazwischenkunft in die Hände der Leute, die mich kennen, die mich früher schätzten, die in schwierigen Zeiten meine Hülfe, meinen Beistand, mein Geld in Anspruch nahmen, zum Durchbruche gelangen. Nachdem ich ein Jahr gelitten habe, verfolgt und gefangen worden, sehe ich ein, daß ich Unrecht hatte, nicht Streich um Streich zurückzugeben, daß ich zu lange geduldschwiegen habe, daß ich mich in den Kampf stürzen muß, daß ich um meiner Frau und meiner Kinder Willen Alles meiner Vertheidigung opfern muß. Ich werde also laut reden, wie mein Gewissen und mein Recht es mich heißen: Sie kommen zur alten Stunde.“

Jetzt folgt eine dramatische Schilderung des Krankenzimmers, in dem lange Wachstherzien und Totenlichter brennen, des Kopfes mit den tiefen blauen Augen, den grauen Locken und dem weissen Bart auf dem Kissen, den unbeweglichen Körper zwischen den heftig gestikulirenden Armen. Salmette darf noch nicht Alles wiedergeben, was er von Herz erfuhr, was er aus einer ihm mitgetheilten Korrespondenz und auch aus Photographien, die der Kranke ihm selbst zeigte, erfuhr. So viel aber kann er sagen, daß der Doktor Cornelius Herz seit funfzehn Jahren auf der französischen Regierung einen gewaltigen Einfluß übte, den hervorragendsten politischen Persönlichkeiten und der Republik selbst Dienste erwies. Am dem Tage, versichert der Reporter, da einige Stühle dieses furchtbaren Dofiers zur Veröffentlichung gelangen werden, wird die Aufregung im Parlamente noch viel größer sein, als im Augenblick der Veröffentlichung der Cheats des Hauses Thierree; denn da gilt kein Bestreiten und kein Leugnen mehr. In Betreff dieses Namens-Verzeichnisses, das von dem kaisersbeamteten Stephaue unter dem Diktat des Barons Reichag geschrieben worden und von diesem seinem Freunde Cornelius Herz als Beleg anvertraut worden war, erfährt man jetzt aus dem Munde des Gefangenen, daß er die Liste Clemenceau auf dessen Bitte einhändigen ließ.

„Am 1. Dezember 1892 schickte mir Clemenceau nach der Rede Delahayes, die keinen Beweis, sondern bloss Verdachtsgründe gegen gewisse Deputirte im Panamabalast vorgebracht hatte, seinem Freund Andrieux nach Bourne-mouth und ließ mich eruchen, ihm die Riffe anzuvorstellen. Er versprach sich ausdrücklich, sie nur dem Justizminister Bourgeois zu zeigen, um diesen auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die eine Fortsetzung des Handels haben könnte. Meine Beziehungen zu Clemenceau waren damals noch so herrlicher Art, daß ich ihm den Dienst nicht versagen konnte. Sogleich hängigte ich seinem Boten nicht das Original (es ist noch hier), wohl aber die Photographie des Schriftstücks ein. Wie groß war mein Erstaunen, als ich diese Photographie zwei Tage später in der „Libre Parole“ fand und erfuhr, daß Andrieux das Blatt der Enquete-Kommission ausgeliefert hatte!“

Das geheimnißvolle X der Kiste war eingeschaltet worden, wie Herz glaubt, von Andrieng. Der Name war nicht der eines Vorkämpfers oder eines Ministers, sondern eines schlichten Abgeordneten. — Die Erben des Barons Jacques de Reinach haben bekanntlich einen Prozeß gegen Komneltz Herz angestrengt, der sich um die Häuser dreht, die Herz in Paris besitzt, die aber auf den Namen seiner Frau eingetragen sind. Wenn, erklärt er nun, dieser Prozeß nicht auf Verlangen Reinachs bis Donnerstag (bei 1. Februar) niedergeschlagen ist, wenn anderseits das Auslieferungsgehehen der französischen Regierung nicht bis zum 1. Februar zurückgezogen wird, so wirft er Alles über Bord, Alles wird veröffentlicht werden um seiner Rehabilitierung willen, die er seinen Kindern und Enkeln schuldig ist.

3 Paris, 2. Februar. Heute Vormittag wird in der russischen Kirche der Rue Daru ein Gottesdienst für die Wiederherstellung des Kaisers Alexander abgehalten, dem außer den russischen Notabilitäten auch Vertreter des Präsidenten der Republik und der Regierung beiwohnen.

Paris, 2. Februar. Ueber die gestrige Interpellation Vockrohs schreiben die „Debats“: Die Majorität für die Regierung war groß und hat bewiesen, daß sie sich nicht durch Intriguen verleiten läßt, die sich unter den Mantel der nation-

andere Zwecke verfolgen, als es die Interessen Frankreichs erheischen. Der „Figaro“ bemerkt: „Sind wir bereit General? Auch an Sie, Admiral, richtet sich diese Frage. Meine Herren, es fehlt kein Kneip an den Beifriedlern!“ So kann man die geistige Sitzung kurz fassen.

Paris, 2. Februar. Eine Depesche des Generals Dods aus Kotonu vom gestrigen Tage meldet, daß Behanzin sich am 25. Januar bedingungslos unterworfen hat. Er wird nach dem Senegal gebracht werden.

Paris, 2. Februar. In verfloßener Nacht versammelte sich wieder eine ungeheure Menschenmenge auf dem Roquetteplatz, die die Hinrichtung Baillaunt's vergeblich erwartete.

Spanien und Portugal.
Lissabon, 1. Februar. Mehrere kommerzielle Vereinigungen sind wegen ihrer Agitation gegen die Gewerbeförderungsgesetze aufgelöst worden. Die legislativen Wahlen sind durch ein Dekret auf unbestimmte Zeit vertagt.

Großbritannien und Irland.
London, 2. Februar. In parlamentarischen
Kreisen hat die Antwort, die Gladstone auf die
Werbung der „Pall Mall Gazette“ ertheilte, sehr
entnuthigend gewirkt, da man der Ansicht war,
daß Gladstone doch wenigstens 2—3 Jahre am

75,000	do.	3 M.	6%	216,505
88,250				

